

# Bonne année 2015?

## Regierung und Parlament steht ein entscheidendes Jahr bevor

Nachdem das Jahr 2014 mit der zögerlichen Aneignung von Regierungskompetenz, gleich zweier Haushaltsvorlagen und dem Handling der Luxleaks-Affäre verstrichen ist, bringt schon 2015 eine Vorentscheidung über den Erfolg der Dreierkoalition. Die aus den Wahlen von Oktober 2013 hervorgegangene Regierung hatte sich aufgemacht, die Umgestaltung und Modernisierung des CSV-Staates betont langsam und womöglich ohne Brüche anzugehen. Niemand sollte verschreckt werden, und nur in einigen gesellschaftspolitischen Fragen und bei der Thematik der Sanierung der Staatsfinanzen wagt der Premierminister und seine Kabinettskollegen einigermaßen Klartext zu reden. In allen anderen Bereichen wurden häufig nur „Ideen“ lanciert – und unweigerlich mit dem Hinweis versehen, dass „noch nichts entschieden sei“. Ob diese Hinhalten taktik Früchte trägt (und ob es sich überhaupt um eine Taktik handelt oder doch nur um ein Symptom für die fehlende gemeinsame Strategie der drei Koalitionspartner) wird sich zeigen. Irgendwie wirkt die Regierung gerade so, als ob sie die Macht ausüben möchte, wie sie sie errungen hat – ohne Risiken einzugehen und mit guter Laune. Abzusehen ist schon heute, dass die undurchsichtige und übervorsichtige Vorgehensweise der Koalition nicht dazu angetan ist, die eigenen Wähler zu begeistern – und die CSV-Wähler zu besänftigen, die der neuen Mehrheit die Übernahme der Regierungsgeschäfte immer noch nicht verzeihen.

Das Referendum am 7. Juni wird mit Sicherheit das politische Highlight des Jahres darstellen. Vor dem Hintergrund, dass direkte Befragungen der Bevölkerung in Luxemburg selten im Sinne der „Herrschenden“ verlaufen, bemüht sich die Regierung seit Monaten, den Eindruck zu erwecken, sie hätte mit dem Ausgang des Referendums nichts zu tun. Interessant ist eigentlich nur die Beantwortung der Frage nach dem Ausländerwahlrecht, die mit außerordentlicher Präzision gestellt ist. Sollten die Wähler ver-

stehen, dass sie bei der vorliegenden Formulierung eigentlich überhaupt kein Risiko eingehen, könnte Luxemburg europaweit (und weltweit) eine Premiere gelingen. Die Frage nach der Besoldung der „ministres du culte“ ist demgegenüber so missverständlich gehalten, dass niemand verstehen kann, worum es eigentlich geht. Und die Regierung setzt offenbar alles daran, um noch vor dem Referendum eine Einigung mit dem Bistum zu erzielen und die Bürgerbeteiligung in dieser Frage Makulatur werden zu lassen. Die beiden anderen Referendumsfragen (Mandatsdauer von Regierungsmitgliedern und Wahlrecht für Minderjährige) wirken bestenfalls anekdotisch, wenn nicht verfehlt und werden kaum die politische Kultur des Landes revolutionieren. Mit Bedauern möchte man all der schönen Fragen gedenken, die man bei dieser Gelegenheit dem Wähler hätte unterbreiten können ...

Spannend bleibt 2015, wie sich die Einnahmen des Staates weiterentwickeln angesichts wegbrechender Steuernischen. Die auf europäischer Ebene anstehende Aufarbeitung der Luxleaks-„Affäre“, die die Regierung als Erfolg ihrer Kommunikationspolitik verbucht, wird der hiesigen Steuervermeidungsindustrie einen Dämpfer versetzen und Einnahmen austrocknen lassen, die weder moralisch noch juristisch zu rechtfertigen waren. Direkte Steuereinnahmen in der Größenordnung von 500 Millionen Euro werden dem Finanzminister womöglich fehlen, wenn Patentboxen und Rulings in Zukunft internationalen Einschränkungen unterliegen sollten. Ein weiterer Verlust droht bei den Arbeitsplätzen, die in der „Steueroptimierungsindustrie“ verloren gehen könnten. Währenddessen lässt sich auch diese Regierung von einem von Vertretern der „Finanzindustrie“ besetzten Expertengremium – dem Haut Comité de la place financière – beraten, um den Finanzplatz „weiterzuentwickeln“. Als neues „Instrument“ wünschen sich die Akteure des Finanzplatzes die sogenannte Fondation patrimoniale, die

---

**Irgendwie wirkt die Regierung gerade so, als ob sie die Macht ausüben möchte, wie sie sie errungen hat – ohne Risiken einzugehen und mit guter Laune.**

---

---

**Vom Ziel, die Erderwärmung auf 2° C zu begrenzen, entfernt sich die Weltgemeinschaft immer weiter, und es wird Frau Dieschbourg als einzige grüne Umweltministerin in Europa viel kosten, eine glaubwürdige Figur abzugeben – Stichwort Tanktourismus.**

---

dazu führen soll, dass reiche Familien aus aller Welt ihr Vermögen von Luxemburg aus verwalten lassen. Allerdings liegt das Gesetzesprojekt derzeit auf Eis, weil die Konformität mit neuen EU-Regeln gegen Geldwäsche geprüft werden soll. Trotzdem tragen die Bemühungen der vorherigen Regierung bereits Früchte, (Ultra) High Net Worth Individuals nach Luxemburg zu locken. Neben etwa einem verstärkten Zustrom französischer Steuerimmigranten leben offiziell auch bereits 4 000 russische Staatsbürger in Luxemburg, inoffiziell sind es 8 000. Zumindest der Immobiliensektor dankt herzlich.

Luxleaks ist daneben ein Symbol für ein anderes Luxemburger Problem: Über das Ausmaß und die Funktionsweise der Luxemburger Steueroptimierungsindustrie wusste nur eine kleine Elite aus Verwaltung und Wirtschaft Genaueres. Die Dreierkoalition kündigte im Koalitionsvertrag Transparenz der staatlichen Aktivitäten an, doch das seit langem versprochene Gesetz zum Informationszugang liegt weiterhin in einer Schublade des Staatsministeriums. Nur wenn der Staat von sich aus möglichst vielfältige Informationen zur Verfügung stellt und Bürger sowie Journalisten die Informationslücken mit eigenen Anfragen schließen, können die dunklen Winkel des Staates endlich ausgeleuchtet werden. Dann bräuchte es in Zukunft auch keine Whistleblower wie Antoine Deltour mehr.

2015 bringt für die „neue“ Regierung eine doppelte Herausforderung: Neben den innenpolitischen Dossiers, die es voranzutreiben gilt, steht eine europäische „Présidence“ an. Anders als in den Jahren zuvor wird sich diesmal zwar kaum die Gelegenheit bieten, signifikante politische Initiativen zu ergreifen. Dafür ist die Stellung des Großherzogtums derzeit zu fragil, die Regierungsvertreter, die während 6 Monaten im Ministerrat den Vorsitz führen, teilweise noch zu unerfahren und die Kapazitäten unserer Verwaltung schon jetzt heillos überfordert, als dass man große inhaltliche Akzente setzen könnte. Eine Gelegenheit, um eine gute Figur auf dem europäischen Parkett abzugeben, ist die Ratspräsidentschaft allemal. So große Themen wie die Verhandlung zum TTIP-Abkommen werden auf der Agenda stehen, auch wenn bisher sehr wenig über die Positionierung der Regierung in diesen Fragen bekannt ist.

Die größte Verantwortung während des Luxemburger Ratsvorsitzes wird auf den Schultern von Carole Dieschbourg liegen, denn sie wird im Dezember 2015 im Namen der EU das „Paris-Protokoll“ zum Schutz des Weltklimas unterschreiben – wenn ein Text überhaupt zustande kommen sollte. Schon jetzt sind die Erwartungen an diese Klimakonferenz sehr gedämpft und stehen in keinem Vergleich zur Auf-

bruchsstimmung in Kopenhagen 2009. Vom Ziel, die Erderwärmung auf 2° C zu begrenzen, entfernt sich die Weltgemeinschaft immer weiter, und es wird Frau Dieschbourg als einzige grüne Umweltministerin in Europa viel kosten, eine glaubwürdige Figur abzugeben – Stichwort Tanktourismus.

Ein drittes großes Thema des Ratsvorsitzes wird der Datenschutz darstellen. Auf der Agenda wird neben der EU-Datenschutzverordnung die Zukunft der Vorratsdatenspeicherung sein, die vom Europäischen Gerichtshof als grundrechtswidrig erklärt wurde. Die Position der Regierung gegenüber dieser Form der Massenüberwachung ist äußerst schwammig. So scheint es bisher zweifelhaft, dass die Regierung Lehren aus der NSA-Affäre ziehen und sich auf EU-Ebene resolut für das Grundrecht auf Datenschutz und Privatsphäre einsetzen wird. Justizminister Felix Braz berät sich im Vorfeld mit US-Vertretern, obwohl die USA nachweislich die Grundrechte der EU-Bürger tagtäglich verletzen.

Nach der jetzt abgeschlossenen Luxemburger Präsenz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wird unser Außenminister endlich seine Rolle als Immigrationsminister im EU-Rat in Sachen Asylpolitik wahrnehmen können. Ein paar Dutzend Flüchtlinge aus Syrien können nicht als Ersatz hierfür geltend gemacht werden. In den sechs Monaten zwischen dem Ende des Engagements im UN-Sicherheitsrat und der EU-Präsidentschaft wird er hoffentlich in seiner Aufsicht der nationalen Immigrationsbehörde seine Verantwortung wahrnehmen.

Auch im Hinblick auf die Kulturpolitik stirbt die Hoffnung zuletzt. Zumindest beim Denkmalschutz wird es eine Zäsur geben. Im Juni kommt es dazu zu einer Interpellation in der Chamber, die André Bauler beantragt hat. Im Herbst soll das neue Denkmalschutzgesetz gestimmt werden, das gerade (auf Grundlage des Berichts von François Desseilles) von Ministerium und Denkmalschutzorganisationen ausgearbeitet wird. Ende 2015 soll dann – wie *forum* seit mehr als 20 Jahren fordert (vgl. zuletzt Nr. 236/2004, S. 7) – eine neue Behörde stehen, die „Administration du Patrimoine“, die den „Service des sites et monuments nationaux“ ablöst und die Archäologen mit einbezieht, die bisher zum Musée national d'histoire et d'art gehörten.

Baustellen und Herausforderungen gibt es also genug und damit ausreichend Gelegenheiten für die Regierung doch noch den Negativtrend zu stoppen, der ihr in allen Kommentaren zum Jahresende zugeschrieben wurde. Bonne année 2015? ♦